

Rotchinas Beziehungen zur Sowjetunion

Autor(en): **Dirksen, Herbert v.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **30 (1950-1951)**

Heft 7

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTCHINAS BEZIEHUNGEN ZUR SOWJETUNION

VON HERBERT v. DIRKSEN

Von entscheidender Bedeutung für die Entwirrung der gefährlichen Spannung im Fernen Osten ist die Beschaffenheit der Beziehungen Rotchinas zur Sowjetunion. Decken sich die politischen Ziele beider Länder und die Grundlagen ihres staatlichen und weltanschaulichen Denkens, so müßten sich die westlichen Alliierten mit der Tatsache abfinden, daß die sowjetische Aggressivität durch die Stoßkraft von 450 Millionen Chinesen verstärkt wird. Berücksichtigt aber Mao Tse-Tung mit seinen Gefolgsleuten die Sonderinteressen seines Landes und den Sondercharakter seiner Bewohner, so hätten die Westmächte allen Grund, sich nicht mit Moskau als dem Sprachführer Pekings abzufinden; sie müßten dann versuchen, ins Gespräch mit einer Regierung zu kommen, die 90 % ihrer Landsleute vertritt und fest im Sattel sitzt.

Leicht macht es die rotchinesische Regierung der Außenwelt nicht, ihre Ziele und Absichten zu erforschen. England hat den Lohn seiner frühzeitigen Anerkennung, die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen, noch immer nicht einheimen können. Immer noch vertritt nach außen hin die Sowjetunion die angeblichen Forderungen Pekings. Die mangelnde Erfahrung in außenpolitischen Fragen, die überwiegende Dringlichkeit innenpolitischer Maßnahmen und die wohlüberlegte Abschirmung gegen die Außenwelt durch den Kreml mögen dafür verantwortlich sein, daß Rotchina stumm und sein marxistischer Gedankengang unbekannt geblieben ist. Aber wenn auch die Quellen noch spärlich fließen: so viel wissen wir doch aus den Berichten kürzlich zurückgekehrter Beobachter und aus einem Rückblick auf die Geschichte, daß China, ebenso sehr wie in jeder anderen Beziehung, so auch in bezug auf den Kommunismus seinen eigenen Weg gehen wird.

Schon die politischen Beziehungen beider Länder in den vergangenen Jahrhunderten sind durch ihre Gegensätzlichkeit gekennzeichnet. Im Vertrage von Nertschinsk, der 1689 geschlossen wurde, übervorteilte Rußland das Reich der Mitte hinsichtlich der Grenzziehung in Sibirien. Hundert Jahre lang suchte das russische Reich

in der Mandschurei festen Fuß zu fassen. Während des Boxerkrieges und nach seinem Abschluß lastete die Hand des Zarismus mit besonderer Schwere auf dem von Krisen geschüttelten China. Noch im Juni vorigen Jahres, kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch der Kuomintang-Regierung, erpreßte die Sowjetunion von ihr das ausschließliche Recht des Flugverkehrs in Sinkiang und der Anlage von Flugplätzen. Auch der erste große Vertrag, der von den beiden kommunistischen Reichen im Februar 1950 in Moskau geschlossen wurde, gab der Regierung Mao Tse-Tungs nur scheinbar und befristet die volle Souveränität über die nordchinesischen Gebiete wieder, die Tschiang Kai-Schek im Vertrag vom August 1945 dem Kreml hatte überlassen müssen: die Eisenbahnen in der Mandschurei, die Häfen von Port Arthur und Dairen sollen erst 1952 oder nach Abschluß eines Friedens mit Japan der Regierung in Peking unbeschränkt zur Verfügung stehen. Die beherrschende Stellung Moskaus in Sinkiang ist in vollem Umfang aufrechterhalten worden. Von einem Volk mit so ausgesprochenem Nationalempfinden wie dem chinesischen werden diese Beeinträchtigungen seiner Souveränität immer als offene Wunden empfunden werden. Die Anzeichen mehren sich, daß das anmaßende Auftreten der sowjetischen «Berater» in China weniger Gefühle der Dankbarkeit als der Erbitterung hervorruft.

Nicht einmal das Zusammenwirken Chinas und Rußlands auf dem verbindenden Gebiet gemeinschaftlicher revolutionär-marxistischer Tätigkeit ist frei von Trübungen geblieben. Das Scheitern der kommunistischen Revolution in China 1927—28 ist von den Chinesen dem Kreml zur Last gelegt worden, weil der Aufstand trotz peinlicher Befolgung der von Moskau gegebenen Anweisungen fehlschlug. Dieser Mißerfolg führte sogar eine zwar vorübergehende, aber empfindliche Schwächung der Stellung Stalins herbei. Mao Tse-Tung und seine Gefolgsleute haben indessen diese Erfahrung nicht vergessen. Noch vor wenigen Monaten, während der Feiern anlässlich von Stalins 70. Geburtstag, veröffentlichte ein chinesischer kommunistischer Intellektueller, Professor Chen Po-Ta, in der offiziellen Parteizeitung einen Aufsatz, der auch in englischer Übersetzung verbreitet wurde. Er beschäftigte sich eingehend mit den im Jahre 1927 begangenen Fehlern und den verhängnisvollen Folgen, die sie für die Entwicklung des chinesischen Kommunismus gehabt hätten. Sie wurden Trotzki und seinen «Abweichungen» zur Last gelegt. Aber da Trotzki damals schon in Ungnade gefallen war, so ist dieser Aufsatz von eingeweihten chinesischen Parteikreisen als eine versteckte an die Adresse Stalins gerichtete Warnung aufgefaßt worden.

Auch in den Jahren nach der fehlgeschlagenen Revolution bestand kein enger Zusammenhang zwischen den beiden kommunistischen Parteien. Insbesondere billigte das Politbüro in Moskau

keineswegs die von Mao Tse-Tung in den Jahren 1928—37 eingeschlagene Politik. Engere Beziehungen wurden erst 1937, nach dem japanischen Angriff auf China, wieder hergestellt. Die unerfreuliche Gestaltung der weltpolitischen Ereignisse drängte dann die chinesischen Kommunisten immer enger an die Seite ihrer Genossen in Rußland, die sie in steigendem Maße als Helfer in der Not ansahen.

Ebensowenig wie in der praktischen Durchführung wurde eine Übereinstimmung auf dem Gebiet der theoretischen Lehre zwischen Moskau und Peking erzielt. Während Lenin und seine Anhänger das größte Gewicht auf das Industrieproletariat in den Großstädten legten und sich von dieser Stellung aus nachher an die Bauernschaft wandten, stützte sich Mao Tse-Tung in erster Linie auf die Bauern. Nachdem er sie gewonnen hatte, gliederte er sich die Städte an; aber auch hier verhinderte er Aufstände und Gewaltanwendung. Überhaupt erwies sich der Terror bisher in China als überflüssig. Die allgemeine Verarmung infolge der Kriegsjahre, gesteigert durch die Inflation unter der Kuomintang-Regierung, hat die Klassenunterschiede eingeebnet, so daß der Mann von Bildung und der Arbeiter in bezug auf Armut gleichgestellt sind. In der gleichen Richtung wirkt die chinesische Sippenverfassung. Sie stellt enge Beziehungen zwischen den höherstehenden und den ungebildeten Sippenmitgliedern her und macht es den Kommunisten unmöglich, *eine* Klasse als «Feinde des Volkes» auf's Korn zu nehmen.

Vor allem aber wird die Revolution als solche und ihr Dogma von den russischen und chinesischen Kommunisten in völlig verschiedenem Sinne aufgefaßt. Für den Russen stellen die Lehren von Lenin, Stalin und Marx die Bibel dar; er müht sich mit allen Kräften — aus theoretischen und imperialistischen Motiven —, die Weltrevolution unter russischer Leitung herbeizuführen. Der Chinese dagegen sieht die kommunistische Partei als eine chinesische Bewegung an, als die Siegerin in einem Bürgerkrieg, in dem die Kommunisten für die Unabhängigkeit Chinas im Gegensatz zur Unterwürfigkeit der Kuomintang unter den amerikanischen Einfluß eintreten. Für den Chinesen handelt es sich nicht darum, ob der westlichen oder amerikanischen Lebensführung der Vorzug gebühre gegenüber der russischen, sondern darum, ob der Kommunismus nicht ein moderneres und wirksameres System zur Durchführung von Reformen darstelle, an denen die Kuomintang gescheitert sei. Der französische Publizist Robert Guillain, der eine Reihe glänzender Aufsätze über seine in China gewonnenen Eindrücke geschrieben hat, hebt denn auch besonders die Absicht leitender chinesischer Kommunisten hervor, den Marxismus an seine chinesische Umgebung anzupassen. Er verdichtet seine Eindrücke zu dem bezeichnenden Satz: «Auf die Dauer könnte die Revolution für den Marxismus gefährlicher werden als für China».

Die letzten Erlasse der Regierung in Peking, die hinsichtlich der Bodenreform behutsam vorgehen und die über das Land verstreuten Begräbnisstätten mit den sie umgebenden Hainen bestehen lassen, scheinen ihm Recht zu geben. In der Sowjetunion hätte eine öde Gleichmacherei solche Hindernisse bildlich und tatsächlich eingeebnet.

Es ist wohl auch kein Trugschluß, anzunehmen, daß Mao Tse-Tung und seine Regierung sich über den *Krieg in Korea* ihre eigenen Gedanken machen. Sie werden den Vorstoß der Sowjets nach Südkorea als einen Eingriff in chinesisches Interessengebiet ansehen und die dadurch erfolgte Abriegelung wichtiger nordchinesischer Provinzen vom Pazifik mit Mißbehagen aufnehmen. Es ist daher wohl möglich, daß die Pressemeldungen zutreffen, denen zufolge die Regierung in Peking den dort beglaubigten indischen Botschafter von ihrer Bereitwilligkeit zur Annahme einer Vermittlungsaktion asiatischer Mächte in Kenntnis gesetzt habe. Die diesbezügliche Initiative Pandit Nehrus weist in dieselbe Richtung. Auch der Außenminister Tschu En-Lai stellt in seinem Telegramm an den Generalsekretär Trygve Lie, in dem er die Stellungnahme Chinas im koreanischen Konflikt definiert, mit Nachdruck fest, daß die koreanische Frage auf friedlichem Wege gelöst werden könne und müsse.

Auch sonst hat Rotchina letzthin sein Schweigen gebrochen und seine Stimme erhoben. In verschiedenen Noten hat es die Aufhebung der Neutralisierung Formosas und die Zulassung zu den Beratungen der UNO verlangt, sowie gegen angebliche Grenzverletzungen amerikanischer Flieger jenseits Nordkoreas protestiert. Diese Bekundungen sind durch heftige Angriffe auf den «amerikanischen Imperialismus» gewürzt. Diese beginnende diplomatische Aktion Rotchinas kann in zweifachem Sinn gedeutet werden: als Vorbereitung zu einem aktiven Eingreifen in den ostasiatischen Konflikt oder als Betonung des chinesischen Willens zur Wahrnehmung der eigenen Interessen gegenüber der sowjetischen Bevormundung. Wie dem auch sei — die Vermutung spricht dafür, daß die Regierung in Peking angesichts der Vielfältigkeit der von ihr zu bewältigenden Aufgaben aus wohlverstandenen eigenen Interesse keinen Wert auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten legt, während der Kreml zweifellos danach trachtet, seinen großen Gegner für unbeschränkte Zeit an den entlegenen chinesischen Kriegsschauplatz zu ketten.